

Schroeder, Wolfgang; Wessels, Bernhard

Article — Published Version

Die AfD auf dem Weg der Radikalisierung: Rechtsextremismus und rechtes Denken in deutschen Parlamenten

Politikum: Analysen, Kontroversen, Bildung

Provided in Cooperation with:
WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Schroeder, Wolfgang; Wessels, Bernhard (2021) : Die AfD auf dem Weg der Radikalisierung: Rechtsextremismus und rechtes Denken in deutschen Parlamenten, Politikum: Analysen, Kontroversen, Bildung, ISSN 2701-1267, Wochenschau Verlag, Frankfurt a.M., Vol. 7, Iss. 4, pp. 10-15,
<https://doi.org/10.46499/1760.2185>

This Version is available at:
<https://hdl.handle.net/10419/266562>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

DIE AFD AUF DEM WEG DER RADIKALISIERUNG

Rechtsextremismus und rechtes Denken in den
deutschen Parlamenten

von WOLFGANG SCHROEDER und BERNHARD WESSELS

Der 2013 gegründeten AfD gelang es – anders als früheren Rechtsaußenparteien – binnen kurzer Zeit in alle Landesparlamente, den Bundestag und das EU-Parlament einzuziehen und sich dort zu etablieren. Ein Ignorieren der Partei ist längst nicht mehr möglich. Zwar hat sich der rechtsextreme „Flügel“ der Partei offiziell aufgelöst, aber die entsprechenden Aktivitäten sind in effizienter Weise fortgeführt worden. Die Parlamentsarbeit ist weiterhin durch aufmerksamkeitsorientierten Protest und Provokation geprägt und das Interesse, eine koalitionsfähige Partei zu werden, ist nur für wenige ihrer Köpfe handlungsleitend.

Wenn eine Bilanz zu Rechtsextremismus und rechtem Denken in den deutschen Parlamenten gezogen werden soll, ist festzustellen, dass rechtsextremistische Parteien im Gegensatz zu rechtspopulistischen Parteien seit 2016 keine Rolle mehr spielen. Die rechtspopulistische Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) hat nicht nur die in maximal vier Landtagen vertretenen rechtsextremen Parteien verdrängt, sie ist inzwischen auf der politisch weit rechten Seite die erfolgreichste Partei der Bundesrepublik und in allen Landesparlamenten präsent. Nicht nur das, die AfD hat es zum zweiten Mal geschafft, mit einem zweistelligen Ergebnis Abgeordnete in den Bundestag zu entsenden. Zwar hat sie an Stimmen verloren, -2,3 Prozentpunkte im Vergleich zur vorherigen Bundestagswahl, in absoluten Zahlen fast 1,1 Millionen Stimmen, aber sie konnte 16 Direktmandate holen. 2017 waren es lediglich drei. Dass rechtes Denken für die AfD eine Rolle spielt, ist keine Frage. Mehr noch, vier ostdeutsche Landesverbände der AfD (Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) werden von den Verfassungsschutzbehörden der jeweiligen Bun-

desländer als rechtsextremistische Verdachtsfälle eingestuft und stehen unter Beobachtung. Inzwischen wird auch geprüft, ob die Gesamtpartei als Verdachtsfall einzustufen ist (vgl. dazu auch den Beitrag von Florian Hartleb in diesem Heft).

Rechtsextreme Parteien in der Bundesrepublik Deutschland

Während rechtsextreme Parteien fundamentaloppositionell agieren und die Beseitigung der offenen Gesellschaft anstreben (Anti-System-Parteien) sowie ein taktisches Verhältnis zu den verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen pflegen, akzeptieren rechtspopulistische Akteure den Verfassungsrahmen. Gleichwohl testen sie seine Grenzen aus und (über)dehnen ihn teilweise. Zugleich kritisieren sie das etablierte Parteiensystem, das politische Establishment, und problematisieren die Intransparenz politischer Entscheidungen (Anti-Establishment-Parteien). Wir verstehen Populismus als eine „dünne“ Ideologie (Freeden 1998; Mudde 2007) („Wir“ gegen „die da oben“ und „Wir“ gegen „die anderen“). Das Verhältnis zwischen Populismus und Extremismus ist dabei ambivalent, da der „dünne“ ideologische Kern sowohl von etablierten demokratischen als auch von extremistischen Akteuren adaptiert werden kann. Rechtspopulismus eröffnet dabei einen Diskurs, der „nicht rechts genug ist, um ihn als anti-systemisch oder verfassungswidrig auszugrenzen, aber hinlänglich rechts, um jenen als Auffangbecken zu dienen, die sich [...] immer weniger repräsentiert fühlen“ (Pries-

„Da ist bei vielen Beamten etwas in Schiefelage geraten, was sich in Sympathien für das rechtspopulistische Parteienspektrum ausdrückt.“

Jörg Radek, stellv. Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei

ter 2012, 109). Rechtspopulismus öffnet damit einen Möglichkeitsraum, mit dem auch der Rechtsextremismus ein breiteres Vorfeld und größere Resonanz erhält (Schroeder et al. 2020, 10 f.).

Immer wieder haben rechtsextreme Parteien den Sprung in deutsche Landesparlamente geschafft. Anfang der sechziger Jahre gründete sich die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD), die in den Anfangsjahren bereits in sieben Landesparlamente einzog und 1969 mit 4,3 Prozent nur knapp den Einzug in den Bundestag verfehlte. 1983 gründeten neokonservative Kreise im Umfeld der Unionsparteien die Partei „Die Republikaner“ (REP), vier Jahre später gab

.....

Die AfD hat den Großteil des rechtsextremen Wählerpotentials absorbiert

.....

es eine weitere rechte Partei, die „Deutsche Volksunion“ (DVU). Beide Parteien konnten in den Landtagsparlamenten Mandate gewinnen. In Westdeutschland erlebten rechtsextreme Parteien ihre Hochzeit in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre mit Sitzen in bis zu sieben Landesparlamenten, eine zweite Welle gab es Anfang der 1990er Jahre. In Ostdeutschland hatten rechtsextreme Parteien die größten Erfolge in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre, wo sie in drei der fünf Landtage vertreten waren. Ab 2016 wurden die rechtsextremen Parteien durch die rechtspopulistische AfD abgelöst und sind seitdem in keinem Landtag mehr vertreten. Die AfD ist seit 2018 in allen 16 Landtagen präsent. Diese neue Partei am rechten Rand hat mit ihrer Betonung nationaler, ethnischer und kultureller Identität den Großteil des rechtsextremen Wählerpotentials absorbiert (Stöss 2015).

Das programmatische Profil der AfD

Ideologisch und programmatisch reiht sich die AfD in die Parteienfamilie des europäischen Rechtspopulismus ein, dessen Hauptmerkmal einerseits die Anti-Establishment-Orientierung ist, andererseits der Anspruch, den „wahren“ Willen eines homogenen Volkes zu vertreten, verbunden mit der Abwehr von Einwanderung und einer substanziellen Integrationspolitik, die als Ursprung der meisten gesellschaftlichen Probleme gedeutet wird. Auf der wertebezogenen Agenda der AfD steht eine anti-egalitäre,

minderheitskritische, ethno-nationalistische Agenda, die sich gegen Feminismus, kulturellen Pluralismus und universelle Menschenrechte positioniert sowie deutsche Interessen gegen supranationale Institutionen und einen Multilateralismus stellt. Innenpolitisch werden die öffentlichen Medien als Feindbild stilisiert („Lügenpresse“) und mithilfe einer großen Reichweite der Partei in sozialen Netzwerken umgangen. In der Familien- und Gesellschaftspolitik vertritt die Partei stark konservative Positionen, die im Großen und Ganzen innerparteilich akzeptiert sind. Auch wenn in Bezug auf das Thema Homosexualität innere Verwerfungen und Konflikte offensichtlich sind, konnten diese Dissonanzen bislang meist intern wegmoderiert werden. Dagegen sind solche Konflikte in der Sozial- und Wirtschaftspolitik für die Partei existenzieller, was sich zum Beispiel an den divergenten Akzenten in der Rentenpolitik zeigt, wo sich neoliberale und sozial-populistische und patriotische Positionen unversöhnlich gegenüberstehen (Schroeder/Weißels 2020).

Innere Dynamiken: zwischen Parlaments- und Bewegungsorientierung

Die Melange aus Enttäuschten und Überzeugten, aus situativ Empörten und Rechtspopulisten bis hin zu Rechtsextremisten lässt eine einfache Verortung der Partei sowie ihrer Anhängerschaft und Aktivist*innen nicht zu, wenngleich nach dem Essener Parteitag von 2015 eine sukzessive Rechtsverschiebung zu beobachten ist (Petersen 2017). Weiter erschwert wird eine Einordnung durch die Parteiprogrammatik der AfD. Diese bewegt sich zwar innerhalb des verfassungsrechtlichen Rahmens der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, doch zeigen die immer wieder praktizierten rechtsextremen Tabuverletzungen und kalkulierten Provokationen einzelner AfD-Politiker*innen, dass jenseits der offiziellen Programmatik eine weiter rechts angesiedelte Grundorientierung besteht.

Das schwer fassbare Bild von der AfD hat viel mit der Zweiteilung der Partei in einen parlamentsorien-

„Wir verlieren Teile der Polizei und der Bundeswehr an die AfD.“

Friedrich Merz,
Politiker (CDU)

tierten und einen bewegungsorientierten Flügel zu tun. Den Parlamentsorientierten, die durchaus den gegebenen verfassungsrechtlichen Rahmen achten, geht es darum, sich dauerhaft als konservative, perspektivisch regierungsfähige Kraft jenseits der CDU zu etablieren. Um dieses Ziel zu erreichen, will man die Unzufriedenen ansprechen. Die „Bewegungsorientierten“ in der AfD wollen nicht koalitionsfähig werden, sondern ihr Erpressungspotenzial ausspielen, um die Richtung des Parteienwettbewerbs zu beeinflussen. Sie haben ein eher taktisches Verhältnis zur pluralistischen Demokratie. Sie sehen sich als Sprachrohr rechter Vorfeldorganisationen und versuchen, ihre eigene Anhängerschaft auf der Straße und insbesondere im Netz zu mobilisieren. Am stärksten bewegungsorientiert ist die thüringische Landtagsfraktion rund um ihren Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke, der als eine der Galionsfiguren der Neuen Rechten regelmäßig eigene AfD-Demonstrationen veranstaltet oder als Redner an ihnen teilnimmt (Schroeder u. a. 2018). Zu diesem Typus gehören auch die brandenburgische (bis 2020 Andreas Kalbitz) und sachsen-anhaltinische (Oliver Kirchner) Landtagsfraktion. Zum Typus der parlamentsorientierten Fraktionen zählen zum Beispiel die Fraktionen von Rheinland-Pfalz (Michael Frisch) und Hessen (Robert Lambrou). Interessant ist die sächsische Fraktion, die unter Frauke Petry zu den parlamentsorientierten zählte, doch nach deren Ausscheiden unter Jörg Urban eher dem bewegungsorientierten Lager zuzurechnen ist (Schroeder u. a. 2018, 25 f.).

Während sich parlaments- und bewegungsorientierte AfD-Landtagsfraktionen 2017 noch etwa die

Waage hielten, setzten sich mit der Zeit eher die bewegungsorientierten Akteure durch. Die genannten Fraktionsvorsitzenden gehören bzw. gehörten zum einen zum sogenannten rechten „Flügel“ der AfD, die Fraktionen selber werden unter anderem vom Verfassungsschutz der jeweiligen Bundesländer als Verdachtsfall einer rechtsextremen Bestrebung beobachtet. Der „Flügel“ mit seinen etwa 7.000 Mitgliedern wird seit März 2020 als eine gesichert rechtsextremistische Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung eingestuft. Hierzu äußerte sich Björn Höcke wie folgt: „Die Bedrohung mittels Beobachtung durch den Verfassungsschutz stellt [...] eine unzulässige, freiheits- und demokratiefeindliche Instrumentalisierung einer staatlichen Behörde zwecks Niederhaltung einer parteipolitischen Opposition dar. Und dennoch wittern manche Teile in der AfD die große Chance auf eine ‚Bereinigung‘ von ungeliebten, patriotischen Kräften und begehen die Todsünde des ‚Feindzeugen‘: Sie belasten eigene Parteikollegen und -gruppierungen mit zumeist völlig unhaltbaren ‚Extremismus‘-Vorwürfen“ (Höcke 2019). Der Parteivorstand um Jörg Meuthen hat den „Flügel“ formell zur Selbstauflösung gedrängt. Dagegen sehen der Ehrenvorsitzende Alexander Gauland, Fraktionschefin Alice Weidel und auch Co-Parteichef Tino Chrupalla in Meuthens Kurs einen Irrweg. Sie setzen auf die Kooperation mit den Rechtsextremen. Infolge der Kräfteverhältnisse zugunsten einer solchen Kooperation mit den Rechtsextremen gab Meuthen am 11.10.2021 schließlich seinen Rückzug aus der Führung der AfD bekannt. Die Zeichen stehen daher auf mehr Extremismus in der AfD.

Parlamentsarbeit der AfD

Zur rechtsextrem orientierten Gruppierung um Björn Höcke und Andreas Kalbitz werden in einer Analyse für die 19. Legislaturperiode des Bundestages (2017–2021) 26 der 92 AfD-Abgeordneten gezählt. Weitere 31 AfD-Abgeordnete werden in der gleichen Studie als Verdachtsfälle deklariert (Müller 2021). Die neue AfD-Fraktion im Bundestag für die Wahlperiode 2021–2025 ist zwar kleiner geworden (von 93 Abgeordneten während der letzten Periode auf aktuell 82). Aber mindestens 13 der 25 Neuzugänge – die teilweise dem rechtsextremen Lager zugeordnete Abgeordnete ersetzen – haben selbst auch Bezüge zu rechtsextremen Gruppen, unter anderem zur Identitären Bewegung (Fuchs/Steffen 2021).

Kennzeichnend für die Parlamentsarbeit der AfD ist ein aggressiver und konfrontativer Stil, der aus Sicht anderer Fraktionen und Beobachter*innen in den meisten Parlamenten einen Klimawandel bewirkt. Häufig werde das Plenum von Vertreter*innen der AfD als Bühne benutzt, während ihre Beiträge in der Arena des Arbeitsparlaments eher wenig wahrnehmbar sind und kaum durch inhaltliche Kompetenz

auffallen. Nach wie vor liegt der inhaltliche Fokus auf den Kernthemen Migration, Integration, Asyl, Innere Sicherheit und Ordnung (Schroeder/Weßels 2020). Mit harscher Rhetorik, Beleidigungen und Tabubrüchen versucht die AfD regelmäßig, die Debatten im Bundestag wie in den Landtagen zu ihren Gunsten zu drehen und mithilfe entsprechender Gegenreaktionen die Stimmung hochzuschaukeln (Heinze 2021, 139). Im Kern geht es der AfD in den Parlamenten weniger um die Kontrolle der Regierung als um aufmerksamkeitsorientierten Protest und Provokation. Diese Vorgehensweise begreift die Partei als Strategie insbesondere zur Distanzierung vom Establishment und von der „politischen Klasse“ (Schroeder u. a. 2018, 98 f.).

Fazit

Ein gewichtiger Grund für die Einstufung der AfD als rechtsextremistisch ist aus Sicht des Verfassungsschutzes der Einfluss des völkischen „Flügels“ auf die Partei. Hinzu kommen Verbindungen zu rechtsextremen Organisationen wie der Identitären Bewegung. Auch nach der aktuellen Bundestagswahl ist der Einfluss des rechten „Flügels“ offensichtlich, womit

deutlich wird, dass die seit dem Essener Parteitag 2015 beobachtbare programmatische und personelle Radikalisierung sich in starkem Maße etabliert und konsolidiert hat. In dieses Bild reiht sich auch der Rückzug des AfD-Vorsitzenden Meuthen ein.

Mit der Präsenz der AfD im Parlament wächst die Gefahr einer „Normalisierung rassistischer und

rechtsextremer Positionen“ (Rudolf 2020). Auch wenn die Radikalisierung der AfD offensichtlich ist, kann damit noch keineswegs zweifelsfrei bestimmt werden, wie sich die weitere Entwicklung der Partei in den Parlamenten und in der Gesellschaft gestalten wird und ob sie die Balance zwischen Parlamentsorientierung und Extremismus halten können.

LITERATUR

DGB Bundesvorstand 2021: Auseinandersetzung mit der extremen Rechten. Ausgewählte Ergebnisse: Bundestagswahl 26. September 2021.

Freeden, Michael 1998: Ideologies and Political Theory: A Conceptual Approach. Oxford: Clarendon Press.

Fuchs, Christian/Steffen, Tilmann 2021: Noch ein bisschen radikaler. In: Zeit online, online verfügbar unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-09/afd-bundestag-vorstellung-afd-abgeordnete-bundestagswahl-radikal-politische-rechte> [zuletzt geprüft: 7.10.2021].

Heinze, Anna-Sophie 2021: Zum schwierigen Umgang mit der AfD in den Parlamenten: Arbeitsweise, Reaktionen, Effekte. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 31, S. 133–150.

Höcke, Björn 2019: Zukunft der AfD. In: Deutschland-Kurier, 4.–6.2.2019.

Mudde, Cas 2007: Populist Radical Right Parties in Europe. Cambridge: University Press.

Müller, Tobias 2021: 30 bis 66 Prozent rechtsextrem. In: Katapult Magazin, online verfügbar unter: <https://katapult-magazin.de/de/artikel/30-bis-66-prozent-rechtsextrem> [7.10.2021].

Petersen, Thomas 2017: Deutsche Fragen – Deutsche Antworten. Am Rand. In: FAZ, 26.5.2017, S. 8.

Priester, Karin 2012: Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon. Frankfurt/M.

Rudolf, Beate 2021: Vorwort. In: Deutsches Institut für Menschenrechte (Hg.): Nicht auf dem Boden des Grundgesetzes. Warum die AfD als rassistische und rechtsextreme Partei einzuordnen ist. Berlin.

Schroeder, Wolfgang/Weßels, Bernhard (Hg.) 2019: Smarte Spalter. Bonn.

Schroeder, Wolfgang/Weßels, Bernhard 2020: Die Alternative für Deutschland: Eine gefährliche Kraft im gesellschaftlichen Wandel. In: ZBW – Leibniz Information Centre for Economics, S. 97–101.

Schroeder, Wolfgang/Weßels, Bernhard/Berzel, Alexander 2018: Die AfD in den Landtagen: Bipolarität als Struktur und Strategie – zwischen Parlaments- und „Bewegungs“-Orientierung. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 49(1), S. 91–110.

Schroeder, Wolfgang/Weßels, Bernhard/Neusser, Christian/Berzel, Alexander 2017: Parlamentarische Praxis der MD in deutschen Landesparlamenten. WZB Discussion Paper. Berlin.

Schroeder, Wolfgang/Greef, Samuel/Ten Elsen, Jennifer/Heller, Lukas 2020: Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts. Interventionsversuche und Reaktionsmuster. OBS-Arbeitsheft 102, Otto-Brenner-Stiftung.

Stöss, Richard 2016: Der rechte Rand des politischen Systems der Bundesrepublik, online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/230035/der-rechte-rand-des-politischen-systems-der-bundesrepublik> [7.10.2021].

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder ist Leiter des Fachgebiets Politisches System der BRD an der Universität Kassel und Research Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Prof. Dr. Bernhard Weßels lehrt an der Humboldt-Universität zu Berlin und ist kommissarischer Direktor der Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“ am WZB.

© David Auserhofer

Dieser Beitrag ist digital auffindbar unter:
DOI <https://doi.org/10.46499/1760.2185>